

FDP

Die Liberalen

LIBERAL

JOURNAL

Gemeinsam weiterkommen

FOKUS

Wahlen ins Bundes- parlament



Global denken, lokal handeln

Problemlösung statt Problembewirtschaftung
Seite 2

Spange Nord 1970 - 1992

Politische Lehrstücke unserer Demokratie
Botschaft B 108 / Stand der Dinge
Das Spiel mit Interpellationen
Seite 3

Offener Bücherschrank

Ein gelungenes Quartierprojekt
Seite 6

Gemeinsam weiterkommen

Die Quartierpolitik in der Stadt Luzern
Seite 7

Klima

Klimaziele klar erfüllt oder Panik?
Seite 8

Damian Müller

wieder in den Ständerat
Seite 9

26 Köpfe für Luzern nach Bern

Seite 10

Jacqueline Theiler

in den Nationalrat
Seite 11

Damian Hunkeler

ein waschechter Stadtluzerner
Seite 12

Frauenliste 22

Die Schweiz will. Die Willensgeneration
Seite 13

Jung, liberal und engagiert

Wir kandidieren für den Nationalrat
Seite 14

Sommerfest FDP.Die Liberalen | Stadt Luzern

Seite 16



FDP.Die Liberalen Stadt Luzern
6000 Luzern
Telefon 041 210 20 28
info@fdp-stadtluzern.ch
www.fdp-stadtluzern.ch

Post 6000 Luzern

Global denken, lokal handeln

Problemlösung statt Problembewirtschaftung



Uns geht es gut. Wirtschaftlich geht es der Stadt Luzern, unserem Kanton und der ganzen Schweiz gut. Und nicht nur wirtschaftlich stehen wir auf der Sonnenseite; die Lebensqualität in Luzern ist überaus hoch.

Erste dunkle Wolken am Horizont

Wenn es über eine längere Zeit gut läuft, tendieren wir dazu, die positive Konjunktur für selbstverständlich zu nehmen. Doch das ist nicht so. Ende August war in der Zeitung zu lesen, dass mehrere Industriefirmen in der Stadt und der Region mit massiven Bestelleinbrüchen zu kämpfen haben und Kurzarbeit einführen mussten. Es ist zu befürchten, dass dies erste Zeichen für eine sich abkühlende Konjunktur sind. Aber nicht nur wirtschaftlich werden die Zeiten wohl nicht einfacher werden, auch Probleme wie der Klimaschutz fordern die Politik mächtig heraus.

Problembewirtschaftung statt Problemlösung

Mit grosser Sorge beobachte ich, wie Politik immer mehr zu inszenierter Problembewirtschaftung verkommt statt Problemlösungen anzustreben. Unser ehemaliger Kantonsrat Herbert Widmer zeigt am Beispiel der Spange Nord eindrücklich, wie wir Liberale uns erfolgreich für die Interessen aller und besonders auch für jene der Stadt eingesetzt haben. Es waren massgeblich die Kantonsräte unserer Partei, welche die Diskussion versachlichen und deblockieren konnten, und dies auch ganz im Interesse der Stadt Luzern.

Ideologische Blockaden

In der Verkehrspolitik zeigt sich, wie Ideologie die Diskussion über die Mobilität der Zukunft blockiert. Verkehrspolitik muss sich ehrlich und unideologisch mit den positiven und negativen Auswirkungen der Mobilität auseinandersetzen. Erreichbarkeit wird auch in Zukunft ein ganz zentraler Standortfaktor sein. Die Politik ist aber genauso in der Verantwortung, die klar negativen Effekte der Mobilität zu verringern; Emissionen wie Abgase und Lärm, auch Unfälle und Zeitverlust durch Staus müssen abnehmen. Es ist eine Balance zu finden zwischen einer hohen Erreichbarkeit einerseits und einer nachhaltigen, möglichst emissionsfreien und platzsparenden Abwicklung der Mobilität andererseits. Neue Technologien bieten grosse Chancen: ein selbstfahrendes E-Mobil wird praktisch keine Emissionen mehr ausstossen und die Unfallgefahr massiv reduzieren.

Globale Herausforderungen

Die Globalisierung hat der menschlichen Entwick-

lung neue Potentiale geöffnet. Wissenschaft und Marktwirtschaft haben weltweit zu besseren Lebensumständen geführt. Durch die Globalisierung sind aber zunehmend auch die Herausforderungen global geworden. Der bereits erwähnte Klimaschutz ist eine globale Herausforderung. Dies gilt auch für Fragen des sogenannten «Übertourismus». Wenn ich von globalen Herausforderungen spreche, meine ich damit auf keinen Fall, dass wir hierzu in unserer Politik nichts tun können und müssen.

Es ist klar und drängend: Stadt und Kanton müssen ihre Beiträge zum Klimaschutz leisten; wir müssen uns unbedingt sehr intensiv damit auseinandersetzen, was die sich verändernden klimatischen Bedingungen von uns erfordern. Gleiches gilt beim Thema Tourismus. Wir müssen unsere Infrastruktur für die Zukunft weiterentwickeln, damit wir Luzern für alle - also für Einheimische und unsere Gäste aus der ganzen Welt - noch schöner machen können. Ein Beispiel für lokales Handeln ist die Quartierpolitik in der Stadt Luzern. In diesem Heft lesen Sie eine liberale Erfolgsgeschichte aus dem Geissensteinquartier.

Global denken, lokal handeln

Liberale denken global und handeln lokal. Linksgrüne Parteien scheinen mir oft das Gegenteil davon zu tun. Man denkt lokal und schaut nicht über den eigenen Tellerrand hinaus, will aber die ganze Welt verändern. Eine solche Politik macht Versprechen, welche sie nie wird halten können. Gefühle politischer Machtlosigkeit drohen sich breit zu machen und eine gefährliche Politikverdrossenheit droht unsere Demokratie von innen zu zerfressen.

Visionäre Realpolitik

Politik braucht Realitätssinn. Parteien, welche nicht wahrhaben wollen, dass unser Wohlstand auf wettbewerbsfähige und damit erfolgreiche Unternehmen gebaut ist, handeln fahrlässig. Neben Realitätssinn braucht es genauso Visionen. Die FDP. Die Liberalen stehen genau dafür. Gemeinsam packen wir die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft mutig an. Global denken, lokal handeln. Gut gemacht - nicht nur gut gemeint!

Fabian Reinhard
Präsident FDP. Die Liberalen Stadt Luzern



Uns geht es gut, trotz erster dunkler Wolken am Horizont.

Spange Nord 1970-1992

Politische Lehrstücke unserer Demokratie

Eingehende Darstellung für Interessierte

Im liberal journal Nr. 4 haben wir Ihnen das Projekt «Y-Lösung Pilatusplatz» vorgestellt. Heute steht die Spange Nord im Zentrum, ein Thema, welches in der Öffentlichkeit aus Gründen der Stadt- bzw. Quartierverträglichkeit diskutiert, aber auch aus ganz klar wahltaktischen Gründen in den Mittelpunkt gestellt wird. Wir wollen versuchen, die ganze Geschichte dieses Projekts zu beleuchten, die Politik der Befürworter und der Gegner zu betrachten und die Schritte des BUWD (Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement des Kantons Luzern) aber auch des Stadtrates Luzern zu diskutieren. Dazu gehören auch einige Blicke auf die rund 50jährige Geschichte einer «Nordumfahrung» sowie einige wenige Seitenblicke auf weitere Projekte im Verkehrsbereich.

Damals wollte der Stadtrat ...

Robert Knobel hat in der LZ-Ausgabe vom 22. Juli 2018 die entsprechenden Geschehnisse von 1970 bis 1992 sehr gut zusammengefasst.

Am 1. Februar 1970 stimmten die Stimmberechtigten der Stadt Luzern einem Projektierungskredit von 450'000 Franken für eine «Nordtangente» vom Schlossberg zum Lochhof zu. 1973 wurde der Bebauungsplan für die vierspurige, unterirdische Strasse bewilligt. Fünf Jahre später verlangte der Bund eine Redimensionierung auf zwei Spuren, weshalb der Luzerner Stadtrat eine Variantenstudie erstellen liess. Diese zeigte 1984 folgendes: Es braucht eine Fluhmühlebrücke von der Baselstrasse über die Reuss bis zum A2-Anschluss Lochhof (heute nicht in Betrieb). Anschliessend geht die Strasse in einen 1.3 Kilometer langen Tunnel weiter bis kurz vor dem Schlossberg. Lediglich die letzten 170 Meter sollten aus Sicherheitsgründen offen geführt und im sogenannten «Dreilindentunnel» sollte ein Anschluss bis ins Lido geführt wer-

den. Der Stadtrat führte 1985 in seiner Stellungnahme aus, dass dank der unterirdischen Linienführung die Eingriffe ins Stadtbild glücklicherweise nur gering bleiben und dass das Projekt eine Möglichkeit darstelle, die Innenstadt vom Verkehr zu entlasten, dies als letzte Möglichkeit, falls andere Massnahmen zur Verkehrsregulierung nicht genügen sollten, 1986 wollte der Stadtrat ohne Nordtangente weiter planen, nahm die neue Strasse nach Beschluss des Stadtparlaments aber wieder ins Programm.

Eine kantonale Initiative

1990 wurde eine kantonale Initiative «Für eine unterirdische Nordumfahrung der Stadt Luzern» eingereicht, welche nicht nur die Nordtangente Lochhof – Schlossberg verlangte, sondern gleichzeitig eine unterirdische Verlängerung bis ins Quartier Bellerive – Halde – Lützelmatte (wie oben erwähnt bereits 1984 als Variante in der Studie). Der Regierungsrat stellte sich gegen die Initiative und argumentierte in der Abstimmungsbotschaft: «Die Gefahr ist gross, dass ein leistungsfähiger neuer Strassenzug auf die Siedlungsstruktur stark verändernd wirkt». Er befürchtete eine Zunahme des motorisierten Individualverkehrs v.a. auch in den Agglomerationsgemeinden. In der Folge wurde die Initiative 1992 mit 62.7 Prozent abgelehnt, in der Stadt Luzern ebenfalls mit einem Zweidrittel-Mehr.

Verankerung im Agglomerationsprogramm

Immer wieder wird vom Agglomerationsprogramm gesprochen, doch um was geht es hier? Auf der Webseite des Bundesamtes für Raumentwicklung steht dazu folgendes:

Mit dem Programm Agglomerationsverkehr (PAV) beteiligt sich der Bund finanziell an Verkehrsprojekten von Städten und Agglomerationen. Von Bundesbeiträgen profitieren Agglomerationen, die mit

ihren Agglomerationsprogrammen die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung wirkungsvoll aufeinander abstimmen. Die Agglomerationsprogramme sind somit ein wichtiger Pfeiler der Agglomerationspolitik des Bundes und der nachhaltigen Raumentwicklung der Schweiz.

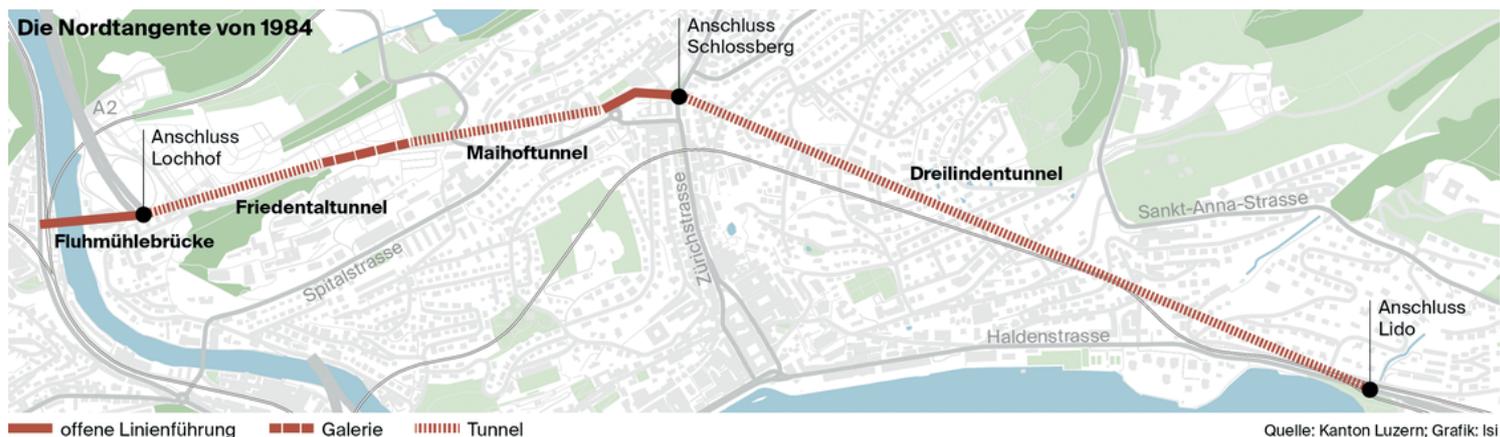
Aus dem Agglomerationsprogramm 1. Generation (2010), entwickelte sich das AP 2. Generation (2012 – 2015) und weiter die 3. Generation mit dem Datum vom 06.12.2016. Heute wird an der 4. Generation gearbeitet, welche bis im Jahre 2021 dem Bund abgegeben werden muss.

Über die Massnahme MIV-2 im Bereich motorisierter Individualverkehr «Spange Nord, Fluhmühle – Anschluss Lochhof – Schlossberg» steht da zu lesen:

Die Überlagerung der Verkehrsströme der beiden nationalen Achsen A2 des Nord-Süd-Verkehrs und der A14 von Zürich–Zug sowie des regionalen und lokalen Ziel-/Quellverkehrs auf der Stadtdurchfahrt Luzern führt bereits heute insbesondere im Agglomerationszentrum zu Überlastungen. Diese behindern sowohl den Regionalverkehr wie auch den nationalen Durchgangsverkehr. Aufgrund von umfangreichen Untersuchungen wird das Gesamtsystem «Bypass Luzern» mit 2x2 Röhren sowie den Ergänzungen im Norden und im Süden als beste Lösung beurteilt, um diesem Engpass des Nationalstrassennetzes zu begegnen. Der Bundesrat hat am 16. November 2016 dem Generellen Projekt zum Gesamtsystem Bypass Luzern zugestimmt. Die Realisierung soll aus der Sicht des Kantons Luzern so rasch als möglich erfolgen.

Mit der Schlüsselmassnahme MIV-1 Gesamtsystem Bypass können die Stausituationen im Strassenverkehr im nationalen und lokalen Netz eliminiert werden. Die Verkehrsentlastung im Zentrum wird durch eine Reduktion der MIV-Verkehrsmenge erreicht. Dadurch wird auch eine Leistungs- und Attraktivitätssteigerung des Bus- und Langsamverkehrssystems möglich.

Die Verkehrsstrategie sieht ergänzend zum Bypass eine Entlastung der Innenstadt mit den beiden neuen Spangen Nord und Süd sowie flankierende Massnahmen vor. Der die Stadt Luzern über die



Seebrücke querende Verkehr kann damit um das Stadtzentrum geführt werden. Von den entsprechenden Entlastungen profitiert insbesondere der Busverkehr mit kürzeren und stabileren Fahrzeiten. In der Stadt Luzern wird zudem die Leistungsfähigkeit des Strassenabschnitts Obergrundstrasse – Bundesstrasse optimiert, damit die Erschliessung des Entwicklungsschwerpunktes Bahnhof und des Tribschenquartiers sowie die Verhältnisse für Bus und Velofahrer verbessert werden können.

Stellungnahme des Stadtrates zum AP3

Im Bericht des Tiefbauamtes der Stadt Luzern vom 3. März 2016 zum Gesamtkonzept Agglomerationszentrum Luzern steht wörtlich: «Bypass/Spangen und Massnahmen für den ÖV: Durch die Realisierung des Projekts Bypass/Spange Nord soll der Durchgangsverkehr durch die Innenstadt von Luzern reduziert werden.» Am 2. November 2015 äusserte sich der städtische Bau- und Mobilitätsdirektor in der LZ auf die Frage eines Journalisten «Der Stadtrat setzt sich für den Bypass ein. Doch gemäss Erhebungen ist nur ein ganz kleiner Teil des Stadtverkehrs Durchgangsverkehr. Bringt der Bypass wirklich die grosse Wende?» wie folgt: «Ja, der Stadtrat erhofft sich vom Bypass, vor allem von der Spange Nord, eine deutliche Entlastung der Innenstadt.»

Die Botschaft B 108 des Regierungsrates

Mit Datum vom 7. November 2017 veröffentlichte der Regierungsrat die Botschaft B 108 an den Regierungsrat:

Projekt Spange Nord und Massnahmen für den öffentlichen Verkehr in der Stadt Luzern
Entwurf Dekret über einen Sonderkredit für die Projektplanung (vgl. Plan «Linienführung Spange Nord»).

Ziele und Nutzen wurden folgende genannt:

- Förderung des öffentlichen Verkehrs

- Effiziente Verkehrsverlagerung mit grosser Entlastungswirkung
- Direkter Anschluss ans Nationalstrassennetz
- Verbesserung der Erreichbarkeit des Luzerner Kantonsspitals
- Verbesserungen für den Langsamverkehr
- Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität

Der Stadtrat zu B 108

Bezüglich der Beurteilung des Projekts Gesamtsystem Bypass Luzern wird die Stadt Luzern in der Botschaft wie folgt zitiert:

«Die Stadt Luzern unterstützt im Grundsatz das Gesamtsystem Bypass mit der Spange Nord und den Massnahmen für den öffentlichen Verkehr als übergeordnete Massnahme im Agglomerationsprogramm Luzern und anerkennt die damit verfolgten Ziele. Das Gesamtsystem Bypass ist auch ein wichtiger Bestandteil der städtischen Mobilitätsstrategie, die im Juni 2014 vom Grossen Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Die Stadt geht davon aus, dass sich diese Projekte verträglich mit dem städtischen Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität ausgestalten lassen. Vor dem Hintergrund des starken Eingriffs in den Lebensraum der Bevölkerung durch die Spange Nord setzt sich der Stadtrat dafür ein, dass diese Massnahmen stadtverträglich und zukunftstauglich ausgestaltet werden, damit die Lebensqualität in den betroffenen Quartieren nicht beeinträchtigt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Stadtrat in seinen Stellungnahmen (aus den Jahren 2012, 2014 und 2016) auf die aus seiner Sicht kritischen Aspekte des Projekts hingewiesen, die verbindliche Integration der Massnahmen für den öffentlichen Verkehr in das Projekt gefordert und in seiner Stellungnahme zum Vorprojekt 2014 Gelingensbedingungen formuliert.»

Beschlusstext zum Dekret B 108

Der Kantonsrat des Kantons Luzern, nach Einsicht

in die Botschaft des Regierungsrates vom 7. November 2017, beschliesst:

1. Der Sonderkredit für die Planung des Projekts K 31, Aus- und Neubau der Spange Nord im Abschnitt Schlossberg bis Fluhmühle in der Stadt Luzern und der Massnahmen für den öffentlichen Verkehr mit durchgehenden Busspuren von Kupferhammer bis Luzernerhof als Bestandteil des Gesamtsystems Bypass Luzern von 6,5 Millionen Franken (Preisstand Oktober 2016) wird bewilligt.
2. Das Dekret unterliegt dem fakultativen Referendum.

Beschlusstext nach der Kantonsratssitzung vom 8. Mai 2018

Währenddem die linken Parteien SP, GB und GLP der Ansicht waren, das Dekret und damit der Projektionskredit seien diskussionslos abzulehnen, trafen sich die bürgerlichen VBK-Mitglieder von CVP, FDP und SVP zu Vorbereitungssitzungen. Sie waren der Ansicht, dass die Sorgen und Ängste der vom Projekt betroffenen Bevölkerung bzw. Quartiere ernst zu nehmen und mögliche alternative Lösungen zu studieren seien. Gemeinsam formulierten sie den Beschlusstext um und stellten anlässlich der Kantonsratssitzung entsprechende Anträge.

Der Kantonsrat des Kantons Luzern, nach Einsicht in die Botschaft des Regierungsrates vom 7. November 2017, beschliesst:

1. wie in der Botschaft B 108 vorgesehen
2. Der Regierungsrat wird damit beauftragt, die Prüfung alternativer vorliegender Ideen, wie z.B. eine mögliche Untertunnelung Schlossberg – Knoten Sedel, Verzicht auf den Bau der Fluhmühlebrücke, Verzicht auf die Spange Nord, ebenfalls in die Projektphase miteinzubeziehen.
3. Der Kantonsrat erwartet vom Regierungsrat ein klares Informations- und Kommunikationskonzept und die rasche Aufnahme von Gesprächen mit den betroffenen Anwohnern, Quartieren usw.
4. Das Dekret unterliegt dem fakultativen Referendum.

Der Ziffer 2 stimmte der Kantonsrat mit 90 zu 15, der Ziffer 3 mit 97 zu 0 und dem Gesamtbeschluss (Schlussabstimmung) mit 80 zu 25 Stimmen zu. Die Referendumsfrist vom 11. Juli 2018 lief ohne Referendumseingabe ab.

Und heute: Leider trifft dies zu!

«Gegen alle Ideen formiert sich von verschiedenen Seiten Widerstand. Dadurch haben sich die Fronten verhärtet. Es fehlt an Offenheit und Bereitschaft sich auf die Sichtweisen und Bedürfnisse der anderen einzulassen»

Meine Meinung? Ja! Aber nicht nur, sondern auch das wörtliche Zitat aus einem Papier aus dem Stadthaus.



Spange Nord der Stand der Dinge

Arbeiten, Tätigkeiten, Meinungen u.a.m.

Wir alle spüren, dass sich die verschiedenen Meinungen immer mehr verhaken, dass bei der herrschenden Polarisierung ohne Bereitschaft zu Kompromissen oder gar Konsens – und vielerorts ohne Konzept – ohne Bereitswilligkeit zur Arbeit am runden Tisch kaum mehr demokratische Lösungen zu erreichen sind.



Und der Regierungsrat?

Der Regierungsrat erhielt vom Kantonsrat die Anweisung, ein Variantenstudium für die Spange Nord in Auftrag zu geben, ein klares Informations- und Kommunikationskonzept zu erarbeiten und rasch Gespräche mit den betroffenen Anwohnern, Quartieren usw. aufzunehmen. Das beauftragte Ingenieurbüro hat aus ursprünglich über 40 Varianten und Untervarianten deren 9 genauer analysiert und für einige von ihnen mit einer grossen Breite von Lösungsmöglichkeiten Entscheidungsgrundlagen erarbeitet. In Kürze wird der entsprechende Bericht dem Regierungsrat unterbreitet und eine entsprechende Botschaft in die Vernehmlassung geschickt. Im Frühjahr 2020 dürfte sich das Kantonsparlament damit befassen.

Noch nicht unseren Vorstellungen entsprechend verliefen die beiden Informationsveranstaltungen bei den Betroffenen im Januar und April 2019, zeigten sich diese im Anschluss doch zumeist enttäuscht. Dass z.B. die Gegenbewegung nicht in die eigentlichen Planungsarbeiten einbezogen werden konnte, wie sie es gerne gesehen hätte, ist uns dabei völlig klar. Die Aussage des BUWD, dass sie einbezogen würden, wenn die Entscheidung gefallen sei, dürfte aber ebenso wenig auf Verständnis stossen. Es ist sehr zu hoffen, dass eine weitere Kommunikationsveranstaltung mehr Zufriedenheit bringen wird.

SP-Initiative

Ende April 2019 reichte die SP ihre Initiative «Spange Nord stoppen – Lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn» mit 3807 Unterschriften ein. Sie verlangt folgendes:

«Die Stadt Luzern setzt sich für den Erhalt der Lebens- und Wohnqualität in den durch den Bau der Spange Nord bedrohten Quartieren ein, insbesondere Lochhof, Friedental/Hirschpark, Urnerhof, Friedberg, Rosenberg, Schlossberg, Fluhmühle sowie der Zürich-, Friedental- Hünenberg- und Maihofstrasse.

Zu diesem Zweck setzt sich die Stadt Luzern mit

allen möglichen Mitteln für den Verzicht der Spange Nord ein. Die Stadt Luzern erarbeitet Alternativmassnahmen bezüglich Förderung des öffentlichen Verkehrs und der Entlastung der Innenstadt vom motorisierten Individualverkehr».

Interessant ist die Tatsache, dass die Lancierung dieser Initiative zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der linken Parteien geführt hat. Dies vor allem, da Forderungen der Initiative bereits mehr als erfüllt sind: der Stadtrat wehrt sich vehement gegen eine Spange Nord und arbeitet an der Förderung des ÖV und an Massnahmen zur Reduzierung des MIV. Daneben hat die Stadt gar kein direktes Mitspracherecht bei diesem kantonalen Projekt. Nicht erstaunlich äusserte sich der Präsident der städtische GLP, dass er diese Initiative als puren Wahlkampf betrachte und dass der Kanton erst einmal Zeit brauche, um die verschiedenen Alternativen zu analysieren. Auch aus den Reihen des Grünen Bündnisses und des VCS tönte es ähnlich: «Es ist schlicht nicht der richtige Zeitpunkt für eine Initiative. Sobald das Resultat bekannt ist, kann eine gezielte Initiative diskutiert werden. - Die Initiative könnte den Stadt-Land-Graben zusätzlich befeuern».

Dass die SP anlässlich des Kantonsratsbeschlusses ein Inserat mit den 11 Portraits der bürgerlichen Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus der Stadt Luzern mit dem Titel «Diese ... wollen eine Spange Nord» veröffentlichte, hätte der Fake News Mentalität des amerikanischen Präsidenten alle Ehre gemacht, wurde doch nur dem Projektierungskredit und damit dem Variantenstudium zugestimmt.

Gegenbewegung

Die Betroffenen entlang des Projekts Spange Nord haben den Verein «Gegenbewegung» gegründet (Marius Fischer, Präsident, Felix Kaufmann, Mediensprecher). Im Vordergrund der aktuellen Tätigkeit stand am 4. April 2019 eine Veranstaltung mit circa 100 betroffenen Hausbesitzern mit Informationen, wie ihre Liegenschaften wegen des geplanten Autobahnzubringers an Wert verlieren werden und was sie dagegen unternehmen können. (IG Hauseigentümer gegen die Spange Nord). Der Bericht über die Veranstaltung im Zentralplus vom 5. April 2019 ist recht interessant und informativ.

Am 21. September 2019 fand von 12.00 – 22.00 ein Spange-No-Fest beim Musikpavillon am Quai statt mit diversen Musikformationen und mit 9 Referenten wie NR Michael Töngi und Stadtrat Adrian Borgula mit einem Grusswort.

Und unsere Meinung

Wir sind der Ansicht, dass das Projekt «Bypass»

unbedingt realisiert werden muss. Unsere Agglomeration stellt zwischen Nord und Süd einen klaren Engpass dar, mit Staus an allen Tagen vor allem in den Stosszeiten. Eine neue Röhre soll diesen Engpass umfahren, die bisherige Autobahn wird zur Stadtautobahn. Bund, Kanton und Stadtregierung unterstützen dieses Projekt, einzelne Politiker wie z.B. der grüne NR Michael Töngi sind der Ansicht, dass auch dieses Projekt unnötig sei.

Das in der Botschaft B 108 vorgestellte Projekt Spange Nord betrachten wir als nicht stadt- und quartierverträglich, wie wir dies nach der Veröffentlichung der Botschaft bereits ausgesagt haben. Aus diesem Grunde haben wir – zusammen mit den weiteren bürgerlichen VBK-Mitgliedern des Kantonsrates – den vorgelegten Beschluss der Botschaft B 108 umformuliert und damit erreicht, dass für dieses Projekt ein intensives Variantenstudium durchgeführt wurde. Dieser demokratische Erfolg erfüllt uns mit Befriedigung. Unsere zweite Forderung für eine offene Kommunikation mit den Betroffenen ist noch nicht in der verlangten Form erfüllt. Hier wollen wir eine deutliche Nachbesserung. Wir erwarten, dass der demokratische Prozess mit Stellungnahme des Regierungsrates, Ausarbeitung einer Botschaft, Diskussion in der VBK und Behandlung im Parlament noch in diesem Herbst eingeleitet wird. Auch wir werden zum Projekt mit dem Kriterium Quartierverträglichkeit klar Stellung nehmen!

Ein Betroffener hat das Wort

Ein Anwohner der Spange Nord, der den Bescheid erhielt, dass er nicht mehr aus seiner Garage fahren könnte, äusserte sich mir gegenüber wie folgt: «Das bisherige Projekt ist unvernünftig, vermehrt Abgase und Lärm wären die Folge. Ich weiss, dass die bürgerlichen Kantonsräte unsere Ängste ernst genommen und ein Variantenstudium und Gespräche verlangt haben. Trotzdem ich stark betroffen bin, erhielt ich aber keine Einladung für die Informationsveranstaltungen, ein Brief, dass man mit mir Kontakt aufnehmen würde, war das Einzige. Mein Wunsch an meine Partei (FDP): Sie soll sich für einen Verzicht für eine Spange Nord einsetzen.»

Ein demokratischer Lernprozess?

Einiges im Geschehen dieses Projekts betrachten wir als demokratischen Anforderungen nicht genügend:

- Von Seiten des Regierungsrates die ungenügend ausgestaltete und zu wenig aussagekräftige Botschaft B 108 und die mangelnde Kommunikation mit den Betroffenen
- Von Seiten der SP die völlig fehlende Bereitschaft zu Gesprächen und zu Kompromissen sowie die wahltaktischen Manöver mit Fake News und unnötiger Initiative
- Von der Seite vieler die mangelnde Bereitschaft, die Resultate des Variantenstudiums abzuwarten und die absolut fehlende Bereitschaft, sich mit anderen an den runden Tisch zu setzen!

Das Spiel mit Interpellationen: Bahnhofstrasse, Inseli, Spange Nord

Das Spiel mit Interpellationen

Selbstverständlich ist es das Recht eines jeden Parlamentsmitglieds, alleine oder im Namen der Fraktion Vorstösse einzureichen. Sowohl im städtischen wie auch im kantonalen Parlament werden sie als wahltaktisches Instrument benutzt.

Bahnhofstrasse autofrei am Karfreitag

Postulat 239 (SP/JUSO, G/JG, GLP)
Eingang 25. September 2018
Autofreie Bahnhofstrasse jetzt!

«Vor fünf Jahren hat die Stimmbevölkerung verlangt, dass die Bahnhofstrasse autofrei wird. Heute ist die Strasse immer noch im gleichen, wenig erbaulichen Zustand wie damals. Geplant wurde viel, umgesetzt noch rein gar nichts. Weitere Verzögerungen in der Planung sind absehbar. Für die Postulantinnen und Postulanten ist klar, dass der Volkswille längst hätte umgesetzt werden müssen. Zumindest die erste Etappe der autofreien Bahnhofstrasse muss nun unbürokratisch und ohne grossen Aufwand umgesetzt werden. Dazu soll auf den Karfreitag 2019 das Fahrverbot signalisiert werden (allenfalls mit Ausnahmen für die Anwohnenden und Zubringer). Wünschenswert wäre

zudem ein Testbetrieb bezüglich alternativer Nutzungen auf der Bahnhofstrasse im Sommer 2019. Der Stadtrat wird daher gebeten, den Volkswillen bezüglich autofreier Bahnhofstrasse per Frühling 2019 endlich umzusetzen.»

Trotzdem der Stadtrat klar aussagte, dass das Postulat nicht erfüllbar sei, wurde es von einer Mehrheit des Parlaments überwiesen. Die Autos fahren immer noch! Der nächste Karfreitag?

Carfreies Inseli - hält der Stadtrat seine Versprechen?

Interpellation 309 (SP/JUSO)
Eingang: 26. Juli 2019

«Es ist offensichtlich, dass der am 24. September 2017 präsentierte Zeitplan des Stadtrates bereits überholt ist und es dem Stadtrat offenbar nicht gelungen ist, bis zum heutigen Tag eine Ersatzlösung für die Carparkplätze «Inseli» zu finden.

... Frage 6: Kann sich der Stadtrat vorstellen, den Parkplatz «Inseli» in Etappen freizuspielen, um zeitnah auf einzelnen Abschnitten eine Zwischennutzung zu ermöglichen?»

Meine Frage: Wäre dies sinnvoll?

Welche Rolle spielt LuzernPlus beim Lobbying für die Spange Nord?

Interpellation 273 (SP/JUSO)
Eingang 20. Februar 2019

«Der Gemeindeverband LuzernPlus, dem die Stadt Luzern mit 23 weiteren Gemeinden angehört, unterstützt das Strassenprojekt Spange Nord offiziell. Frage 1: Wie geht der Stadtrat mit dem Umstand um, dass der Verband in diesem Fall eine verkehrspolitisch gegenteilige Meinung vertritt?»

Antwort des Stadtrates: LuzernPlus vertritt 24 Gemeinden. Wie jedes andere Mitglied bringt die Stadt Luzern ihre Haltung zu den Themen ein. Die zuweilen differenzierenden Positionen bei den Themen und Geschäften des Verbandes werden zu einer Mehrheitsmeinung der Delegierten zusammengefasst. Dabei kann es vorkommen, dass eine Gemeinde mit ihrer Meinung in der Minderheit verbleibt. Der Stadtrat nimmt die Mehrheitsmeinung in der Frage der Spange Nord zur Kenntnis, hat sich aber immer vorbehalten, die gegenteilige Meinung zu vertreten.

Die Frage 1 entspringt einem eher seltsamen Demokratieverständnis, die Antwort des Stadtrates ist aber korrekt und lobenswert!

Herbert Widmer
Alt Kantonsrat, Mitglied GL FDP Stadt Luzern

Offener Bücherschrank Ein gelungenes Quartierprojekt



Wir leben in einer vernetzten Welt. Doch sind wir uns einig, der Quartierarbeit kommt immer grössere Bedeutung zu. Sind es nicht die Begegnung in unserer näheren Umgebung, die unseren Alltag prägen?

Gerne berichte ich von einem Projekt gelungener Quartierarbeit.

Offener Bücherschrank im Geissensteinquartier

Drei Frauen entschlossen sich, das Projekt «Bücherschrank» anzugehen. Mit finanzieller Unterstützung der Eisenbahner Genossenschaft und der Stadt Luzern konnte ein passender Schrank aufgestellt werden. Alle Quartierbewohner wurden aufgefordert, gut erhaltene, lesenswerte und spannende Bücher abzugeben. Mitte Mai konnte der gefüllte Schrank dem Quartier übergeben werden. Trotz Sturm und Regen nahmen über 100 Personen am Einweihungsfest teil. Unser Stadtrat Martin Merki half mit, den Schrank feierlich zu enthüllen.

Alle lesefreudigen Quartierbewohner werden im Bücherschrank etwas Passendes finden, seien es Kinder- oder Jugendbücher, Romane oder Krimis, Reiseberichte oder Lebenshilfe, auch Kochbücher sind gefragt. Nur eine Regel gilt: Nimm ein Buch! - Bring ein Buch!

Zwölf freiwillige Betreuerinnen und Betreuer schauen, dass der Schrank immer tadellos aufgeräumt ist. Sie übernehmen diese Aufgabe mit

viel Freude für das Quartier. So ist es uns gelungen, ein Projekt für gute Quartierarbeit mitzugestalten. Es geht um einen kulturellen Austausch, der ohne grosse finanzielle Aufwendung bestehen kann. Und: Wie wohltuend ist es, mit einem Buch in der Hand in eine weite Welt einzutauchen. Das Handy liegt in der Zwischenzeit irgendwo in der Wohnung und kann mit seinen weltumspannenden Informationen warten.

Isabel Isenschmid-Kramis



Visualisierung des Projekts in Worten, Plänen und Bildern



Das eigene Quartier ist für viele Menschen Lebensmittelpunkt und wichtiger Identifikationsraum. Kinder machen erste Erfahrungen im Quartier, gehen zur Schule und treffen sich mit Freundinnen und Freunden. Familien nutzen Spielplätze und attraktive Aussenräume und profitieren von einer guten Infrastruktur mit Einkaufsmöglichkeiten. Ältere Menschen sind im eigenen Quartier zu Hause und kennen Personen in ihrem Umfeld, was Sicherheit und Geborgenheit vermittelt. Attraktive Quartiere haben für die Lebensqualität einen hohen Stellenwert.

Eine aktive Quartierpolitik trägt wesentlich zur Lebensqualität bei und so hat die Stadt Luzern in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen zur Attraktivierung der Quartiere in die Wege geleitet. Wichtig ist, dass Quartierpolitik in einem umfassenden Sinn verstanden wird. Dazu zählen Aussenräume mit einer hohen Aufenthaltsqualität genauso wie eine gute Versorgung mit dem ÖV, sichere Fussgängerwege und Veloverbindungen, Einkaufsmöglichkeiten und Schulen. Wichtig sind zudem für die Versorgung der älteren Bevölkerung vielfältige Spitex-Angebote sowie hauswirtschaftliche Unterstützung, wie sie etwa der Verein Haushilfe Luzern erbringt.

Engagement von Freiwilligen

In der Stadt Luzern hat das Engagement von Freiwilligen seit jeher einen hohen Stellenwert. Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich und tragen damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Zahlreiche Vereine und Gruppen bieten attraktive Angebote für Jung und Alt und leisten einen Beitrag zur Integration aller Menschen. Auch die Quartiervereine sind seit Jahren sehr engagiert und setzen sich für die Interessen der Bevölkerung ein. Ebenfalls wichtige Akteure sind die katholische und die reformierte Kirche. Sie stellen wichtige Infrastrukturen zur Verfügung, investieren in die Entwicklung von Quartierzentren und beteiligen

sich am Leben in den Quartieren.

Die Beteiligungsquote der Freiwilligenarbeit ist allerdings seit vielen Jahren rückläufig, was in verschiedenen Bereichen spürbar ist.

Quartier und Stadtteilpolitik

Im Herbst 2011 hat der Grosse Stadtrat den Bericht und Antrag Quartier- und Stadtteilpolitik beschlossen. Im Kontext der rückläufigen Beteiligungsquote der Freiwilligenarbeit sollte ein Zeichen gesetzt und die Freiwilligenarbeit gestärkt werden. Dazu hat das Parlament 12 Massnahmen beschlossen. Die Quartierarbeit, als ein Element, wurde schrittweise umgesetzt und hat sich in vielen Quartieren erfolgreich etabliert. So hat das Quartier Würzenbach von Beginn an eng mit der Quartierarbeit zusammengearbeitet und konnte in vielfältiger Weise von ihr profitieren. Dank der Quartierarbeit sind neue Ideen und Projekte entstanden und die Quartierarbeit vermittelt erfolgreich zwischen dem Quartier und der Verwaltung.

Vicino

Der Auslöser für die Idee «Vicino Luzern» war die Erkenntnis aus der täglichen Arbeit der Spitex, dass vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung neue Ansätze in Richtung «Caring Community» erforderlich sind. Das italienische «vicino» bedeutet sowohl «nahe» als auch «Nachbar», was dem Wesen der Idee, nahe bei den Menschen zu sein und die Nachbarschaft als wichtige Ressource zu nutzen, sehr nahekommt. Vicino ermöglicht, dass Menschen in ihrem vertrauten Umfeld möglichst lang, sicher und selbstständig leben können. Dies geschieht durch den Betrieb eines bedürfnisorientierten Unterstützungssystems. Das Konzept beinhaltet verschiede-

dene Elemente. Eine Kerndienstleistung besteht darin, ein lokales Netzwerk aufzubauen. Massnahmen können das Betreiben von Treffpunkten und das Anbieten von Kursen und Anlässen sein. Eine Besonderheit liegt im Vermitteln von Beziehungen und im Aufbau eines Beziehungsnetzes im Quartier. Gleichzeitig wirkt «Vicino Luzern» im Bereich der Früherkennung.

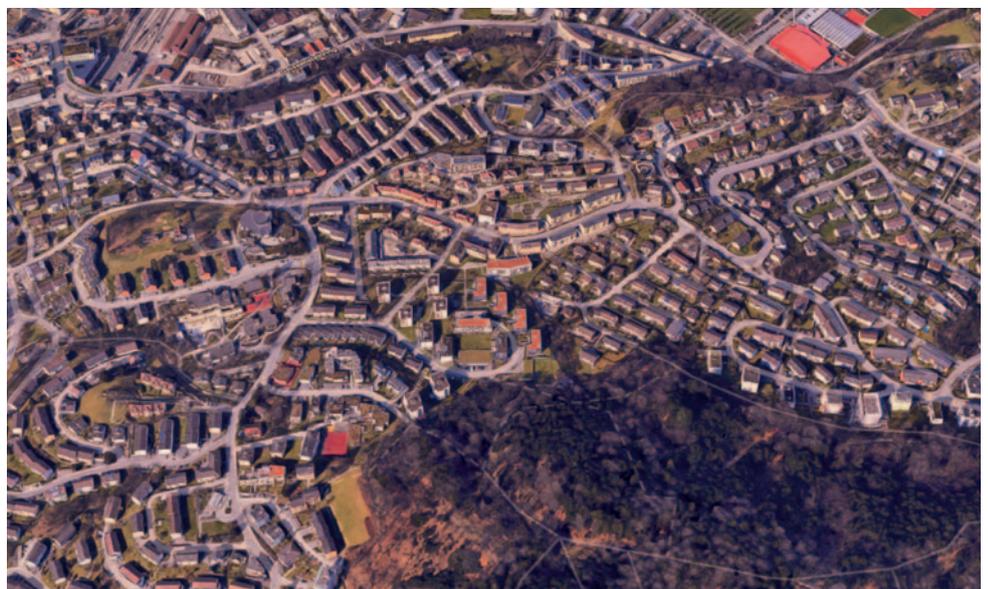
Leistungsvereinbarung

Anfang 2017 haben Sandra Felder und Peter Krummenacher mit einer Motion vom Stadtrat verlangt, die Quartierarbeit für alle Generationen bedarfsgerecht weiter zu entwickeln. Sozialdirektor Martin Merki als zuständiger Stadtrat hat das Thema aufgenommen und mit dem Bericht und Antrag Quartierarbeit für ältere Menschen eine Umsetzung vorgeschlagen, die im Parlament breite Unterstützung fand. Die Stadt Luzern kann mit «Vicino Luzern» eine Leistungsvereinbarung abschliessen, welche es ermöglicht, das Angebot von «Vicino Luzern» auszubauen. Nebst dem Standort in der Neustadt, konnte der Standort im Stadtteil Littau eröffnet werden und bereits im November folgt der Standort Würzenbach. Aus heutiger Sicht werden die nächsten Standorte im Wesemlin sowie im Gebiet Schönbühl aufgebaut.

Für die nächsten 10 Jahre wurde ein Kredit über 4.6 Mio. Franken bewilligt. Gemessen an den jährlichen Pflegerestkosten in der Höhe von etwa 35 Mio. Franken, den Ergänzungsleistungen von 30 Mio. Franken sowie städtischen Zusatzleistungen zur AHV/IV von mehr als 6 Mio. Franken handelt es sich um einen bescheidenen Beitrag mit grossem Potential.

Die FDP-Fraktion hat sich in den letzten Jahren stark gemacht für attraktive, lebenswerte Quartiere und mit Vorstössen auch erreicht, dass die Quartiervereine und die Freiwilligenarbeit gestärkt werden. Wir werden auch in Zukunft ein Schwergewicht auf eine umfassende Quartierpolitik legen.

Rieska Dommann, Grossstadtrat



Klimaziele klar erfüllt

Ich will, dass Ihr in Panik geratet



Zwei klare Zitate, beide aktuell, von zwei völlig verschiedenen Seiten. Widersprechen sie sich? Von was sprechen sie überhaupt?

Ich will, dass Ihr in Panik geratet

Dieses Zitat aus dem emotionalen Appell der 16 Jahre alten Klimaaktivistin Greta Thunberg am WEF in Davos ist auch der Titel Ihres kleinen Buches mit ihren Reden. Sie wurde in den Medien wie folgt zitiert: «Ich will, dass ihr handelt, als wenn euer Haus brennt, denn das tut es. Ich will nicht, dass ihr Hoffnung habt. Ich will, dass ihr in Panik geratet, dass ihr die Angst spürt, die ich jeden Tag spüre. – Jetzt ist es an der Zeit, deutlich zu sein. Die Klimakrise zu lösen ist die grösste und komplexeste Herausforderung, der die Menschheit je gegenüberstand. – An Orten wie Davos erzählen Menschen gerne Erfolgsgeschichten. Aber ihr finanzieller Erfolg hat ein unvorstellbares Preisschild. Und beim Klimawandel müssen wir anerkennen, dass wir versagt haben.»

Hat die junge Schwedin recht?

Die Reaktionen auf die oben zitierten Aussagen sind sehr unterschiedlich. Viele Leute halten sie für mutig, sind mit ihr einverstanden, andere halten wenig von der jungen Aktivistin und sprechen von Greta-Hype. Der Grundgedanke des Mädchens ist für mich absolut richtig. Es ist wirklich an der Zeit, den Klimawandel ernst zu nehmen, ob er jetzt durch einen normalen Zyklus im Leben der Welt erklärt werden kann oder ob er zu einem rechten Teil menschengemacht ist. Es ist lächerlich festzustellen, dass dies der normale Lauf der Dinge sei und wir daher sowieso nichts dagegen tun könnten bzw. müssten. Zumindest die menschlichen Ursachen für den Temperatur- und CO₂-Anstieg sollen auch durch die Menschen bekämpft werden.

Nicht einverstanden bin ich mit der Wortwahl von Greta Thunberg. Sollen wir wirklich in Panik geraten, in einen Zustand intensiver Angst vor einer tatsächlichen oder angenommenen Bedrohung?

Nehmen wir die daraus entstehende Einschränkung der höheren menschlichen Fähigkeiten in Kauf? Soll die Panik zu nichtrationalen und nicht-sozialen Reaktionen der Menschen führen, wie dies bei Panik eben oft gesehen wird?

Auch die Aussage «Ich will nicht, dass ihr Hoffnung habt» wage ich zu kritisieren, denn warum sollen wir uns für den Klimaschutz einsetzen, wenn wir nicht Hoffnung haben, Hoffnung, die Antrieb für die unbedingt notwendigen Massnahmen sein muss. Und dennoch, wie ich oben bereits ausgesagt haben, hat die junge Schwedin in ihrem Grundziel recht, nämlich viele von uns aufzurütteln und zu erreichen, dass wir das Klimageschehen ernst nehmen und die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen.

Klimaziele klar erfüllt

Auf der Titelseite der neuen Schweizerischen Gewerbezeitung lese ich den Titel «Klimaziele klar erfüllt». Jeder weiss, dass dies nicht zutrifft, denn es wird ja heftig diskutiert ob eben die Klimaziele bis ins Jahr 2030, 2035, 2050 oder 2100 erfüllt sein sollen.

Lesen wir den Artikel aber weiter, stellen wir fest, dass der Gewerbeverband – wie oft auch Tageszeitungen – Opfer des Titelredaktors geworden ist, denn gemeint sind die vom Bund und der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) für 2019 festgelegten Klimaziele. Die CO₂-Intensität sank 2018 recht deutlich, die Energieeffizienz stieg. Die Soll-Zielwerte des Bundes für die Wirtschaft wurden so im Jahre 2018 bereits erreicht. Durch diese Massnahmen wurde der CO₂-Ausstoss etwas reduziert und einige Millionen Megawattstunden Energie gespart. Dank tieferer Energie- und Abgabekosten sparten die Unternehmen im Jahre 2018 beinahe 650 Millionen Franken.

Ziele oder Zwischenziele erreicht?

Ganz klar, Zwischenziele wurden erreicht, die eigentlichen Ziele sind noch recht weit weg. Die Industrie und Wirtschaft hat aber erkannt, dass sie selbst mit entsprechenden Massnahmen immer mehr erreichen kann. So sind zum Beispiel sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz Mitglieder der Metallindustrie sehr aktiv im Bereich des Klimaschutzes. Die Reisebranche unterstützt zum Beispiel die Einführung von Flugpauschalen, will aber klar, dass das entsprechende Geld für innovative Projekte im Klimaschutz eingesetzt wird, so zum Beispiel bei der Entwicklung, Produktion und Vermarktung von Biotreibstoff (Ökokerosin). Als ich im Juni 2008 im Kantonsrat eine Motion für eine Standesinitiative gegen die Verarbeitung von Nahrungsmitteln – nicht von Algen und Abfällen z.B. aus der Forstindustrie – einreichte, wurde diese im Luzerner Parlament mit 54 zu 47 Stimmen überwiesen. Von

linker Seite wurde festgestellt, diese Motion eines FDP-Mitglieds sei nur ein politisches Deckmäntelchen, dennoch stimmte man zu. Die rechte Seite betrachtete den Vorstoss als wirtschaftsfeindlich, hat sich inzwischen aber bekehren lassen. Heute werden z.B. in Deutschland Techniken für die Herstellung von Ökokerosin massiv gefördert.

Die haben unser Thema geklaut!

Unter gütiger Mithilfe der Medien werden in der Schweizer Bevölkerung jeder Partei gewisse Themen zugeordnet bzw. zugetraut. Die einen kümmern sich doch um Ausländer und Migration, die anderen um Klima und Umwelt, die dritten um Finanzen und Wirtschaft und eine andere Partei um Ehe, Familie und Gesundheit. Sogar die Parteien schreien entzweit, wenn sich eine andere angeblich ins eigene politische Themengärtchen verirrt, nach dem Motto «Die haben unser Thema geklaut!». Dies musste auch unsere engagierte Parteipräsidentin Petra Gössi erkennen, nachdem sie und ihr Team erfasst hatten, dass eben der Klimaschutz ein ausserordentlich wichtiges Thema darstellt und nachdem die Mitgliederbefragung ergeben hatte, dass diese ein griffiges Positionspapier «Klima» verlangte und am 22. Juni 2019 auch beschloss!

Wir sind es allen schuldig!

Nein, vor Klima-Hype habe ich keine Angst. Wenn wir klare, mit Anstrengung erreichbare Ziele setzen, ohne Panik und voller Hoffnung Klimaschutzmassnahmen durchführen, bereit sind, Lenkungsmaßnahmen und Flugpauschalen z.B. akzeptieren, nicht nur auf Emissionshandel und Eigenverantwortung vertrauen, ja, dann haben wir die Chance, noch gerade rechtzeitig alles für einen guten Klimaschutz, zugunsten der Jungen und Alten zu tun.

Tun wir's doch!

Herbert Widmer, alt-Kantonsrat



Damian Müller wieder in den Ständerat



Welches sind deine wichtigsten Eindrücke heute gegen Ende der laufenden Legislatur in Bern?

Ich hatte das Privileg, den Kanton Luzern bereits vier Jahre lang in der kleinen Kammer zu vertreten. In dieser Zeit konnte ich mich in zentrale Dossiers wie die Verkehrspolitik, die Klimapolitik, die Migrationspolitik oder die Aussenpolitik einarbeiten. Zudem kenne ich die Abläufe in Bern genau und verfüge über ein hervorragendes Netzwerk. Ohne ein solches ist es nicht möglich, politische Projekte zu realisieren.

In welchen Bereichen hast du dich am meisten eingesetzt?

Ich stehe für eine Politik, die auf Freiheit, Verantwortung und Solidarität beruht. Es gilt, Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen wir die Chancen der Digitalisierung nutzen und Arbeitsplätze sichern können. Ich kämpfe für einen lebenswerten Kanton Luzern und eine erfolgreiche Schweiz. Die Arbeit in vier Kommissionen gibt mir die Möglichkeit, mit verschiedenen Departementen, Bundesrätinnen und Bundesräten sowie Kolleginnen und Kollegen konkrete Lösungen zu erarbeiten. In der ersten Legislatur habe ich 31 Vorstösse eingereicht.

Welche persönlichen politischen Erfolge haben dich am meisten erfreut?

Ich habe gelernt, differenziert zu urteilen. Es gibt in der Politik meistens nicht nur schwarz oder weiss. Nötig ist seriöse Arbeit. Wichtig waren für mich vor allem Erfolge in der Verkehrspolitik für Luzern mit dem Bypass und dem Durchgangsbahnhof. Zudem habe ich mich für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort und für Deregulierungen im Zoll- und Prozessverlauf eingesetzt. Auch in der Migrationspolitik habe ich mitgearbeitet, dass wir konsequent Rückübernahme-Abkommen mit den wichtigsten Ländern abschliessen und diese stetig weiterentwickeln.

Wo wirst du deine Schwerpunkte nach einer erfolgreichen Wiederwahl setzen?

Aktuell beschäftigt mich die Klima- und Energiepolitik sehr stark. Ich möchte, dass wir unsere Welt in einem gesunden Zustand an die nächste Generation weitergeben. Zweitens setze ich mich ein für eine verlässliche Sozial- und Gesundheitspolitik. Dazu gehört die Sanierung der Altersvorsorge. Drittens stehe ich für eine gradlinige Europapolitik, was bedeutet, dass wir mit der EU auf einen für beide Seiten guten Rahmenvertrag hin arbeiten. Und schliesslich vertrete ich eine Migrationspolitik, die in der Bevölkerung Rückhalt hat.

Siehst du auch Probleme unseres politischen Systems?

Ich wünsche mir, dass wir mehr Menschen zum Wählen animieren können. In Zeiten von „me first“ lässt der Gemeinsinn leider etwas nach. Allzu schnell wird heute der Ruf nach dem Staat laut. Das möchte ich ändern und das Milizsystem neu aufleben lassen. Denn ich bin ein glühender Verfechter dieses Systems.

Kann ein Ständerat auf eidgenössischer Ebene etwas für die Bevölkerung «seines» Kantons erreichen?

Natürlich! Ich möchte weiterhin ein Ständerat sein, der anpackt und für Luzern das Beste heraus-



holt. Mein Vorteil ist, dass ich mich von Anfang an voll einsetzen kann. Deshalb werde ich mich weiterhin für einen gut ausgebauten Verkehrsknotenpunkt Luzern stark machen – auf der Schiene wie auf der Strasse. Schliesslich gibt es auch internationale Herausforderungen, die den Kanton wesentlich betreffen, etwa die Personenfreizügigkeit.



Zu deinen Kernthemen zählt unter anderem die Digitalisierung. Hat die Schweiz hier den Anschluss verpasst?

Nein, aber wir dürfen das Feld nicht einfach den Amerikanern und den Chinesen überlassen. Die Schweiz gehörte bei innovativen Ideen in der Vergangenheit immer zu den Weltbesten. Knüpfen wir an diese Tradition an! Für mich geht es dabei um drei Bereiche: Einerseits darum, dass Forschung und Entwicklung in der Schweiz genügend Spielraum haben, um sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Dann sollten wir die Digitalisierung so nutzen, dass möglichst viele Menschen davon profitieren und auch diejenigen, die ihren Job verlieren, integriert bleiben. Und schliesslich geht es darum, die Chancen der Digitalisierung für die Demokratie zu nutzen. Glauben wir an uns – auch und gerade beim Thema Digitalisierung.

www.damian-mueller.ch

Gemeinsam weiterkommen.

Für Luzern

26 Kandidierende aus dem ganzen Kanton

20. Oktober 2019

Liste 13

FDP-Jungfreisinnige

9 Köpfe



Andrea Ammann

Luzern, Jg. 2000,
Kaufmann EFZ / BM Student

Ramon Bisang

Rothenburg, Jg. 1996,
Student Wirtschaftswissenschaften

Lukas Blaser

Luzern, Jg. 1998,
Student Rechtswissenschaften



Jeronimo Egle

Luzern, Jg. 1999,
Kaufmann EFZ in Ausbildung

Matthias Erni

Kriens, Jg. 1997,
Informatiker EFZ

Jacqueline Lang

Kriens, Jg. 1989,
Sachbearbeiterin



Kim Rast

Udligenswil, Jg. 2000,
Studentin Wirtschaftswissenschaft / Tennistrainerin

Jamal Risi

Luzern, Jg. 1999,
Musikstudent

Thomas von Allmen

Gisikon, Jg. 1996,
Kaufmann EFZ

Liste 6

FDP-Hauptliste

9 Köpfe



Fabienne Brauchli

Malters, Jg. 1989,
Abteilungsleiterin Finanzen,
dipl. Betriebswirtschaftlerin HF

Priska Hafner

Grosswangen, Jg. 1974,
Kaufrfrau, Familienfrau

Martin Huber

Entlebuch, Jg. 1966,
Dr. phil II, Geograf und
Informatiker, Geschäftsführer



Damian Hunkeler

Luzern, Jg. 1963,
Unternehmer

Anne-Sophie Morand

Kriens, Jg. 1987,
Juristin, Dr. iur., Dozentin
Universität Luzern

Peter Schilliger

Udligenswil, Jg. 1959,
Unternehmer Gebäudetechnik



Helen Schurtenberger

Menzna, Jg. 1965,
Kaufrfrau, Gemeinderätin,
Sozialvorsteherin,
Kantonsrätin, Familienfrau

Jacqueline Theiler

Luzern, Jg. 1981,
Politikwissenschaftlerin,
Kommunikationsberaterin

Albert Vitali

Oberkirch, Jg. 1955,
Unternehmer Treuhand

Liste 22

FDP-Frauen

8 Köpfe



Susanne Heer

Horw, Jg. 1949,
Ehem. Gemeinderätin

Branka Kaiser

Luzern, Jg. 1987,
Ing. FH/MBA

Marion Maurer

Adligenswil, Jg. 1961,
Fachfrau Finanz- und
Rechnungswesen / Sängerin



Hildegard Meier-Schöpfer

Willisau, Jg. 1958,
Geschäftsfrau /
Alt Kantonsratspräsidentin

Karin Ruckli

Luzern, Jg. 1958,
Geschäftsfrau /
Präsidentin FDP-Frauen

Kathrin Scherer

Megggen, Jg. 1972,
Leiterin Unternehmensentwicklung
Wirtschaftsförderung Luzern



Rosy Schmid

Hildisrieden, Jg. 1961,
Eidg. Dipl. Marketingleiterin,
dipl. Hotelière

Karin Supersaxo

Adligenswil, Jg. 1991,
Eidg. Dipl. Marketing- und
Verkaufsfachfrau

Die FDP.Die Liberalen Luzern tritt mit 26 Nationalratskandidierenden auf drei Listen an. Neben der FDP-Hauptliste und den Jungfreisinnigen treten die FDP-Frauen erstmals mit einer eigenen Liste an. Die FDP unterhält eine Listenverbindung mit der CVP.

Jaqueline Theiler in den Nationalrat



Warum kandidieren Sie für den Nationalrat?

Jacqueline Theiler: Eine weltoffene Schweiz, ein erfolgreicher Kanton und eine lebendige Stadt Luzern liegen mir sehr am Herzen. Ich bin topmotiviert und ich will unsere Zukunft aktiv mitgestalten. Als Politikwissenschaftlerin verfüge ich über die notwendigen Kenntnisse und als ehemalige Geschäftsführerin der FDP.Die Liberalen bringe ich breite politische Erfahrungen mit.

Bei Nationalratswahlen treten Sie für den ganzen Kanton als Kandidatin an. Sie leben in der Stadt Luzern. Für wen schlägt ihr Herz?

Jacqueline Theiler: Die Schweiz bezeichnet sich als Eidgenossenschaft. In einer Genossenschaft wird auf Interessenausgleich Wert gelegt. Als Luzernerin sind mir die Anliegen der Stadt am nächsten und ich verstehe sie am besten. Aber in unserer Demokratie müssen Lösungen breit getragen werden, sonst scheitern sie in den Volksabstimmungen. Stadt und Land dürfen nicht gegen einander ausgespielt werden.

Aber die Stadt Luzern hat spezielle Herausforderungen. Für viele davon werden die Weichen auch in Bern gestellt. Wo wollen Sie sich entsprechend engagieren?

Jacqueline Theiler: In Städten leben viele Leute auf engem Raum in grösserer Anonymität als auf dem Lande. Damit sind sicher die Herausforderungen bei sozialen Fragen und bei der Bewältigung der steigenden Mobilitätsbedürfnisse grösser als in ländlichen Gebieten. Das kommt bei Volksabstimmungen zu solchen Themen immer auch in den Abstimmungsergebnissen deutlich zum Ausdruck. Die Erfahrungen als Städterin würde ich stark in meine Arbeit im Nationalrat einbringen.

Sie kandidieren für die FDP.Die Liberalen. Warum sollen Sie über die Parteigrenze hinaus unterstützt werden?

Jacqueline Theiler: Mit meiner liberalen Grundüberzeugung stehe ich dafür ein, dass nicht für alles und jedes der Bund, der Kanton oder die Stadt gerufen werden darf. Es braucht den Staat in vielen Bereichen. Aber mir ist die Eigenverantwortung wichtig. Auch deshalb kandidiere ich. Für viele Wählerinnen und Wähler ist mein Profil als Kandidatin entscheidender als mein Parteibüchlein. Ich stelle mich als Stadtluzernerin und als engagierte Frau zur Wahl. Ich freue mich über jede Unterstützung und jede Stimme.

Die Spange Nord weckt in der Stadt Luzern grossen Widerstand. Verstehen Sie diese Ablehnung und wofür setzen Sie sich in der Mobilitätspolitik ein?

Jacqueline Theiler: Die Ablehnung zur Spange Nord ist in der Stadt Luzern über alle Parteigrenzen hinaus vorhanden. Das vorliegende Projekt überzeugt auch mich nicht. Das Vorhaben ist so nicht stadtverträglich. Aber es ist wichtig, dass die Stadt Luzern mit Bahn, Bus und Auto gut und möglichst rasch erreicht werden kann. Ich bin zuversichtlich, dass der Kanton die Widerstände aus der Stadt

Luzern ernst nimmt und bessere Vorschläge auf den Tisch bringt.

Wir haben klimatisch einen heissen Sommer erlebt. Die Klimapolitik ist ins Zentrum gerückt. Was ist hier Ihre Position?

Jacqueline Theiler: Es liegt in der Verantwortung jedes einzelnen, der Wirtschaft und der Politik künftigen Generationen natürliche Lebensgrundlagen zu sichern. In unserem Land hat schon ein grosses Umdenken stattgefunden. Im Bereich Wasser, Luft und Abfallbeseitigung sind viele Massnahmen erfolgreich umgesetzt. Weitergehende Massnahmen sind eingeleitet. Als Nationalrätin würde ich weitere wirksame und verhältnismässige Massnahmen unterstützen. Die Schweiz erzielt jedoch die grösste Wirkung, wenn unsere Unternehmungen und Hochschulen Technologien und innovative Produkte entwickeln, die weltweit zum Schutz der Umwelt und gegen den Klimawandel eingesetzt werden können.

Weitere Informationen zu Jacqueline Theiler:
www.theiler.ch

Jacqueline Theiler, Jg. 1981
Politikwissenschaftlerin, Kommunikationsberaterin



Damian Hunkeler

Ein waschechter Stadtluzerner



Mein Name ist Damian Hunkeler, ich bin 55 Jahre alt, in Luzern geboren und wohnhaft, verheiratet mit Daniela, geborene Engelberger, und wir haben zusammen eine erwachsene Tochter. Nach meiner kaufmännischen Grundausbildung bin ich seit über 30 Jahren in verschiedenen KMU unternehmerisch tätig. Dabei konnte ich einen grossen Erfahrungsschatz sammeln und kenne die Bedürfnisse der Unternehmungen und diejenigen der Arbeitnehmer bestens. In der Freizeit bin ich mit meiner Familie gerne auf dem See, auf Skipisten in den Bergen oder am Kochherd. Das gibt mir einen guten Ausgleich und die Energie für Politik und Geschäft.

Ich bin mit Leib und Seele Liberaler. Und das kommt nicht von ungefähr! Ich bin in einer Familie aufgewachsen, für welche Politik schon immer ganz zentral war. Mein Grossvater ist Nationalrat gewesen, mein Vater Grossstadtrat. Beide selbstverständlich in der Liberalen Partei. Ich selber bin schon früh politisch aktiv geworden und habe mich bei den Stadtluzerner Jungliberalen engagiert. Daraufhin habe ich viele Jahre lang in der Geschäftsleitung der Stadtpartei mitgearbeitet und war mehrere Jahre in der Schulpflege tätig. Nach einer politischen Auszeit war ich 2010 im Grossstadtrat tätig und wurde dann 2011 in den Kantonsrat gewählt.

Im Kantonsrat hatte ich die ersten acht Jahre Einsitz in der Planungs- und Finanzkommission und konnte so massgebend Einfluss auf die Gesundung unserer Kantonsfinanzen nehmen. Das war herausfordernd und spannend zugleich. In der dritten Legislatur nun wurde ich in die Aufsichts- und Kontrollkommission gewählt. Wieso will ich Nationalrat werden? Ein Mandat im Bundesparlament ist für mich persönlich ein konsequenter Schritt auf eine neue Ebene der politischen Arbeit. Nach einer intensiven Gemeinde- und Kantonspolitik reizt mich der Wechsel auf die nationale Ebene. Ich erfülle die Voraussetzungen für dieses verantwortungsvolle

Amt. In meiner 30-jährigen unternehmerischen Tätigkeit habe ich Erfahrungen gesammelt im Führen von Familienunternehmungen, von grösseren Industrieunternehmen und von kleinen KMU. Ich habe Firmenübernahmen, Fusionen und Neugründungen initiiert und erfolgreich begleitet. Ich kenne somit die Sorgen, aber auch die Freuden unserer einheimischen KMU und ihrer Mitarbeiter bestens. Dies ermöglicht mir, mich mit meiner politischen und unternehmerischen Erfahrung direkt – stark und gradlinig in Bern einzubringen.

Wo werde ich meine Schwerpunkte setzen, wenn mich die Wähler nach Bern delegieren? Schlussendlich hängt das massgebend davon ab, in welche Kommission mich die Freisinnige Fraktion wählt. Aus meiner Erfahrung heraus wären die Finanzen mein bevorzugtes Gebiet. Doch wo auch immer ich eingesetzt werde, Grundlage bildet immer mein liberales Gedankengut. Dabei ist für mich die Eigenverantwortung ein ganz zentrales Anliegen, welches in allen politischen Bereichen die Grundlage für meine Entscheide ist.

Aufgrund meiner starken Vernetzung in Politik, Wirtschaft und Vereinen im Kanton Luzern werde ich die Anliegen und Bedürfnisse unseres Kantons und unserer Bevölkerung in Bern einbringen und vertreten.



Ich bin hoch motiviert unsere Stadt und unseren Kanton in Bern zu vertreten. Ich bin überzeugt, dass es an der Zeit ist, wieder einen waschechten Stadtluzerner nach Bern zu schicken! Für Ihre Unterstützung danke ich Ihnen ganz herzlich.

Damian Hunkeler, Jg. 1963, Unternehmer





Karin Ruckli

Die Schweiz will. Ich will.

Mein Name ist Karin Ruckli, Präsidentin FDP Frauen Kanton Luzern, Geschäftsfrau und kandidiere auf der Liste 22 in den Nationalrat. Ich bin seit 18 Jahren in der Politik tätig. Meine politischen Vernetzungen in der Stadt

sowie im Kanton sind ausgezeichnet. Als Präsidentin der Frauen bin ich sehr stolz, dass die FDP Frauen zum ersten Mal in der Geschichte mit einer top Liste für die NR-Wahlen antreten. Acht hervorragende Persönlichkeiten von Frauen stellen sich diesen Wahlen.

Ich arbeite seit 2018 im Wahlkampfteam Kanton Luzern mit. Auch bin ich Delegierte der FDP Schweiz und der FDP Kanton Luzern, sowie Mitglied in der erweiterten Geschäftsleitung der FDP des Kantons Luzern.

Ich kandidiere in den Nationalrat, weil die Schweiz ein attraktiver Wirtschafts- und Lebensstandort ist. Um die innovativen wirtschaftlichen Fortschritte des Landes beizubehalten, muss die Gesetzesflut eingedämmt werden. Auch möchte ich mich für eine erfolgreiche Integration der Frau im Arbeitsmarkt einsetzen. Dazu müssen flexiblere Arbeitsmodelle und kostendeckende Steuerabzüge von

Fr. 25000.00 für eine externe Kinderbetreuung gewährleistet werden. Auch die Individualbesteuerung bei Doppelverdiener-Ehepaaren soll beseitigt werden, damit sich Arbeiten für beide Eltern steuerlich lohnt. Vereinbarung von Familie und Beruf ist eine Herausforderung unserer Gesellschaft. Es braucht Rahmenbedingungen für beide Eltern damit Arbeiten attraktiv ist ohne übermäßige Belastung der Staatskasse.

Neben der Politik lese ich sehr gerne geschichtliche und politische Bücher. Meine große Leidenschaft ist das Kochen, Reisen um neue Kulturen kennen zu lernen und ab und zu betreibe ich auch Sport.

Ich freue mich sehr auf Ihre Unterstützung. 2 x auf Liste 22. Vielen Dank.
Die Schweiz will. Ich will!

[Karin Ruckli, Jg. 1958, Geschäftsfrau
Präsidentin FDP Frauen](#)

Mein Name ist Branka Kaiser, ich bin Metallurgie Ingenieurin mit einem MBA Abschluss an der Hochschule Luzern und Unternehmerin. Seit 21 Jahren genieße ich das Privileg in der Stadt Luzern leben und die Stadt in ihrer Entwicklung begleiten zu dürfen.

Ich freue mich sehr, dass ich mit 7 weiteren Frauen auf der Liste 22 FDP – Frauen Luzern für die NR – Wahlen kandidieren kann. Es sind 8 Frauen mit besonderen und ausgezeichneten Fähigkeiten, die für unsere Gesellschaft bereits viel beitragen und in Zukunft noch mehr beitragen können.

Seit 25 Jahren bin in verschiedenen Industrieunternehmen in Führungspositionen tätig. Durch meinen Beruf durfte ich hautnah erleben, wie wichtig KMUs für unser Land sind. Schweizer Innovationsgeist und Investitionen in Forschung, Bildung und Start-Up Unternehmen treiben eine gesunde, konkurrenzfähige und fortschrittliche Wirtschaft an. Dennoch steht uns noch viel Arbeit bevor um die optimalen Bedingungen für ein fortschrittliches Unternehmungsklima zu schaffen.



Branka Kaiser

Die Willensgeneration

Ich möchte mich für eine unabhängige Schweiz einsetzen, die bilateralen Wege in der Aussenpolitik sucht und weiterhin an der Weltwirtschaftsspitze bleibt. Ebenso ist es wichtig, dass die Rahmenbedingungen für inländische sowie ausländische Unternehmen in der Schweiz attraktiv

gestaltet werden und damit Arbeitsplätze gesichert und neue Stellen geschaffen werden können.

In der Zukunft sehe ich mehr Frauen in Führungspositionen, aber nicht mittels Frauenquote, sondern der Weg muss in die Richtung von Vereinbarung von Beruf und Familie gehen. Dafür ist eine Sensibilisierung der Gesellschaft notwendig. Die steuerlichen Massnahmen sollten dazu beitragen, dass die Vereinbarung von Familie und Beruf in einer modernen Gesellschaft möglich wird.

Ich genieße meine Freizeit in den Bergen, im Sommer wandere ich und im Winter fahre ich gerne Ski. Bei schönem Wetter spiele ich auch Tennis. Ich lese sehr gerne, insbesondere bin ich an klassischerer Literatur interessiert. Als geselliger Mensch finde ich auch Zeit für Freunde und genieße mit denen ein Glas Wein.

Auf die bevorstehenden NR-Wahlen freue ich mich sehr! Gemeinsam weiterkommen ist Alles, was für mich zählt!

[Branka Kaiser, Jg. 1967, Ing. FA / MBA](#)

Jung, liberal und engagiert

Wir kandidieren für den Nationalrat

Am Sonntag 20. Oktober 2019 ist es soweit: der Nationalrat wird gewählt. Die Jungfreisinnigen nominierten Mitte April insgesamt neun hochmotivierte Kandidierende und die städtische Sektion ist besonders stolz, dass ein Drittel hiervon liberale Stadtluzerner sind. Die Jungfreisinnigen stehen für eine freie Wirtschaft, mit einem Minimum an Verboten und Regulierungen, ein. Gerade in der Stadt werden Unternehmen zunehmend mit unnötigen Einschränkungen konfrontiert. Diese Entwicklung muss gestoppt werden, damit die Förderung von Start-Ups und des Unternehmertums gewährleistet werden kann. Beim Thema Verkehrspolitik streben wir vernünftige und nachhaltige Lösungen an, die ein funktionierendes System gewährleisten, in welchem sich alle Verkehrsteilnehmenden sicher auf den Strassen fortbewegen können. Auch im Bereich Tourismus sehen wir als Jungpartei Verbesserungspotential. Es ist uns ein grosses Anliegen, Luzern als Touristenstadt attraktiv zu halten, ohne dabei die Interessen der lokalen Bevölkerung zu vernachlässigen. Weiter legen wir den Fokus auf die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Wir sind der Auffassung, dass dieser Schritt notwendig ist, um nicht nur den vielen Touristen entgegenzukommen, sondern vor allem auch um dem «Lädelersterben» entgegenzuwirken. Die liberale Gesellschaft ist ein weiterer zentraler Schwerpunkt unseres politischen Handelns, denn wir fordern mehr Selbstverantwortung jedes Einzelnen.

Die neun Kandidatinnen und Kandidaten der JF für den NR



Von links: Ramon Bisang, Rothenburg, Jg. 1996, Student; Thomas von Allmen, Gisikon, Jg. 1996, Kaufmann EFZ; Matthias Erni, Kriens, Jg. 1997, Informatiker EFZ; Jeronimo Egle, Luzern, Jg. 1999, Kaufmann EFZ in Ausbildung; Kim Rast, Udligenswil, Jg. 2000, Studentin Wirtschaftswissenschaften/Tennistrainerin; Lukas Blaser, Luzern, Jg. 1998, Student Rechtswissenschaften; Jamal Risi, Jg. 1999, Musikstudent; Andrea Ammann, Luzern, Jg. 2000, Kaufmann EZ/BM Student; Jacqueline Lang, Udligenswil, Jg. 1989, Sachbearbeiterin



Andrea Ammann

Mein Name ist Andrea Ammann, ich bin 19 Jahre jung. Seit mehr als einem Jahr bin ich aktives Mitglied der Jungfreisinnigen Luzern und tausche mich regelmässig mit meinen Parteikollegen aus. In meiner Freizeit bin ich in der Pfadi St. Michael als Leiter tätig.

Diesen Sommer schloss ich die Kaufmännische Lehre ab und starte nun Vollzeit mit der Berufsmaturität. In Zukunft möchte ich mich noch mehr

in Richtung Wirtschaft weiterbilden und in die Immobilienbranche einsteigen.

Nach den Luzerner Kantonsratswahlen kandidiere ich nun auch für den Nationalrat. Warum? Hauptsächlich möchte ich als junger Politiker mitreden und meine, sowie auch die Meinung der Jungfreisinnigen, repräsentieren. Ein zweiter wichtiger Punkt sind die Erfahrungen, die ich für meine künftige politische Karriere machen kann.

Für was setze ich mich ein? Der Klimawandel ist kein Mythos, das sollte mittlerweile für alle klar sein. Doch um ihn zu stoppen, sind radikale Lösungen nicht die richtige Option. Meiner Meinung nach sollten wir das Ganze realistisch angehen und dabei die wirtschaftliche Entwicklung stets im Auge behalten. Es gibt viele Möglichkeiten, dass sich Klima und Wirtschaft vertragen. Verbote bringen nichts.

Die Digitalisierung ist ein Thema, das mich sehr fasziniert. Diesen Wandel können wir nicht aufhalten. Wir müssen jedoch aufpassen, dass das Sammeln von Daten nicht neue Machtstrukturen

schaft. Wir müssen die Digitalisierung kontrolliert und wachsam weiterentwickeln, sodass wir auf keine Gefahren stossen.

Ein Thema, das unsere Partei schon seit Jahren beschäftigt, ist die Altersvorsorge. Die künftige Finanzierung betrifft meine Generation ganz entscheidend. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass auch wir heutigen Jungen in zirka 50 Jahren unseren gewohnten Lebensstandard weiterführen können.





**Lukas
Blaser**

Mein Name ist Lukas Blaser, ich bin 21 Jahre alt und kandidiere auf der Liste 13 der Jungfreisinnigen für den Nationalrat. Politik ist meine grosse Leidenschaft: Sei es als Vizepräsident der Jungfreisinnigen Stadt Luzern, als aktives Mitglied der Jungfreisinnigen und FDP oder als Mitglied des städtischen Jugendparlaments. Ich setze mich für eine fortschrittliche, offene und liberale Gesellschaft ein und

bin überzeugt, dass wir Jungen dafür auch einen Beitrag leisten müssen. In der Politik habe ich bereits schon vieles erlebt und war auch schon an diversen FDP-Veranstaltungen oder Standaktionen dabei. Auch kalte Wintertage sind für mich kein Hindernis, wenn es beispielsweise darum geht, Unterschriften für ein Referendum zu sammeln. Das Wichtigste dabei ist immer auch, dass man Spass hat!

Neben der Politik studiere ich Jus an der Uni Luzern, laufe Marathon (3:40h) und musiziere als Waldhornspieler seit mehr als 6 Jahren im Jugendblasorchester Luzern. Geboren und aufgewachsen bin ich in der Stadt Luzern, wo ich heute noch lebe.

Gerade als junger Mensch möchte ich mich für eine sichere Altersvorsorge einsetzen, damit auch wir später mal davon profitieren können. Dazu gehört unter anderem eine Erhöhung des Rentenalters, was wir Jungfreisinnigen mit unserer neuen Initiative fordern. Was mir auch sehr am Herzen liegt, ist eine freie und offene Gesellschaft. Ich setze mich für mehr Freiheit und weniger Bürokratie

ein, damit wir unser Leben einfacher gestalten können. Dazu gehört z.B. die «Ehe für alle». Ebenso sind mir stabile Aussenbeziehungen für die Schweiz wichtig, vor allem jene zu Europa. Wir können vom Ausland profitieren, gerade wegen der Tatsache, dass gut jeder zweite Franken im Ausland verdient wird.

Ich würde mich sehr über Ihre Unterstützung freuen: «Für eine offene und fortschrittliche Schweiz!»



Mein Name ist Jeronimo Egle und ich mache zurzeit eine kaufmännische Lehre in der Immobilienbranche. Trotz meinen jungen 19 Jahren bin ich bereits seit drei Jahren bei den Jungfreisinnigen. Seit dem März 2017 engagiere ich mich auch im Vorstand der städtischen Sektion. Der Ursprung meiner politischen Vision liegt in einem Schulprojekt, bei welchem ich zunächst einen eigenen Staat ausrief und dann meine eigene Partei gründete. Der Staat sowie die Partei sollten ein liberales Weltbild verkörpern. Neben der (liberalen) Politik bin ich auch ein «Lozärner met O». In allen Bereichen liebe ich unsere Stadt und verteidige ihre Farben. Das Ziel ist es, den Kanton «blau» zu machen. Ich setze mich gegen menschenunwürdige Konkordate, für mehr Sinn zur Eigenverantwortung und uneingeschränkte gesellschaftliche Freiheit ein.

Bildung ist das A und O für eine essentielle und unersetzbare Zukunftsressource: das Wissen. Ich setze mich für ein Bildungssystem ein, welches auf die individuellen Stärken der Bürgerinnen und Bürger zugeschnitten ist. Wir müssen dem Gewerbe Platz lassen, um den Wohlstand für Alle zu sichern. Administrative Hürden hemmen die Wirtschaft und insbesondere tausende Luzerner tagtäglich bei der Arbeit. Deshalb ist es notwendig, unsinnige Bürokratie abzubauen und mehr auf eine freie Marktwirtschaft zu setzen. Nutzlose Verbote, unsinnige Gesetze und eine totale staatliche Überwachung entmündigen unsere Bürgerinnen und Bürger immer mehr. Dieser Veränderung muss Gegensteuer geboten werden. Ich fordere mehr Freiheit für die Gesellschaft. Eine solche Macht darf nicht an selbst ernannte Experten verloren gehen.

Über Ihre Unterstützung bei den kommenden Nationalratswahlen würde ich mich überaus freuen, denn «Jeronimo – mein Name ist Programm.»



**Jeronimo
Egle**



Sommerfest FDP.Die Liberalen Stadt Luzern vom 29. August

